

## Referat der Bezirksmitgliederversammlung der DKP Saarland 02.02.2025

*Gehalten von Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender*

Liebe GenossInnen und Genossen,

auch diesmal ist unser Referat eine Gemeinschaftsarbeit des Bezirksvorstands.

Der berühmte Schriftsteller Erich Maria Remarque hat 1962 in einem Interview gesagt:

„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“

Und der geniale Musiker Frank Zappa formulierte spitz: „Politik ist die Unterhaltungsabteilung der Rüstungsindustrie“.

Es gab kaum eine Zeit, in der diese beiden Zitat mehr zutrafen als heute.

Der Krieg in der Ukraine wird befeuert von den NATO-Staaten, die Russland ruinieren wollen. Russland hält brutal dagegen, um seinen Weltmachtanspruch und seinen Hinterhof zu verteidigen. Dieser Konflikt begann mit dem Versuch, die Ukraine aus ihrer Ostbindung herauszulösen, was für die Ostukraine den Ruin bedeutet hätte – von kulturellen Fragen wie der gesprochenen russischen Sprache ganz abgesehen. Der Westen hat diesen Krieg durch seine aggressive Expansionspolitik vorbereitet, Russland hat ihn völkerrechtswidrig begonnen.

Jetzt muss es vor allem darum gehen, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Wir bleiben dabei: Frieden ist nicht zu kriegen. Verhandlungen und Waffenstillstand sofort – keine Waffenlieferungen mehr und erst recht keinen Taurus oder schlimmere Waffen.

Denn die Gefahr eines großen Krieges in Europa steigt immer weiter. Jetzt wollen unsere Herrschenden auch noch neue US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationieren, die in wenigen Minuten bis Moskau und weiter fliegen können. Was für ein Wahnsinn! Eine Enthauptungswaffe ausgerechnet in den Händen eines faschistoiden US-Präsidenten soll bei uns angeblich für mehr Sicherheit sorgen? Das ist die größte Lüge seit Beginn des Irak-Krieges.

Pistorius und Co. kommen damit nur durch, weil sie eine Form von Massenhysterie erzeugen. Wir kennen das Muster schon seit Jahrzehnten: „Die Russen kommen“. Da wird aus jedem defekten Zaun um Trinkwasserquellen ein hybrider russischer Anschlag. Da werden Schreckgespenster wie die sogenannte „russische Schattenflotte“ in den Medien bis zum Abwinken gepusht. Kein Journalist hinterfragt, wie logisch es ist, dass marode Öltanker durch Anschläge auf Kabel in der Ostsee auf sich aufmerksam machen, statt so schnell wie möglich mit ihrer Fracht ihre Zielhäfen zu erreichen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Natürlich traue ich der russischen Regierung einiges zu, aber so dilettantisch gehen sie nicht vor. Und das alles vor dem Hintergrund, dass der infamste Anschlag in der Ostsee, der auf die Nordstream-Pipeline vom Westen unter den Teppich gekehrt wird.

Nein, wir machen bei diesem Spiel imperialistischer Staaten nicht mit. Schluss mit den Eskalationsspiralen, Schluss mit den Diskussionen um wahre Aufrüstungsorgien. Keine deutschen Truppen im Baltikum! Die NATO ist Russland und China militärisch haushoch überlegen – deshalb muss Abrüstung bei uns beginnen. Deshalb müssen neue Gespräche zu Rüstungskontrolle starten. „Sicherheit ist im Nuklearzeitalter nur noch als gemeinsame Sicherheit erreichbar.“ Genau so heißt es in der These 1 unseres Hamburger Parteitags von 1986 und das ist bis heute gültig.

Und worauf sollen die Menschen nun eingeschworen werden: Vor allem auf Verzicht. Denn die Reichen und Konzerne werden die Explosion der Rüstungsausgaben nicht zahlen. Bereits vor einigen Monaten sagte Clemens Fuest, Präsident des Münchner „ifo Instituts“: Kanonen **und** Butter – das ist Schlaraffenland“ und der NATO-Generalsekretär erklärte vor wenigen Wochen, dass Kürzungen bei Renten, Gesundheits- und Sozialsystemen nötig seien, um langfristige Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Die Bürger müssten bereit sein, finanzielle Opfer zu bringen. Und für wen diese Opfer gebracht werden, hat Oxfam in ihrer Jahresstudie klar gemacht: Im Jahr 2024 ist das Gesamtvermögen von Milliardär\*innen um zwei Billionen US-Dollar gestiegen. Das Vermögen eines\*einer Milliardär\*in vergrößerte sich im Durchschnitt um zwei Millionen US-Dollar pro Tag. Ihr Vermögen wuchs damit dreimal schneller als noch 2023. Pro Woche kamen fast vier neue Milliardär\*innen hinzu. In Deutschland wuchs das Gesamtvermögen der Milliardär\*innen um 26,8 Milliarden US-Dollar. Die Zahl der Milliardär\*innen stieg um neun auf 130.

Gleichzeitig leben noch immer beinahe 3,6 Milliarden Menschen unter der erweiterten Armutsgrenze von 6,85 US-Dollar pro Tag. Weltweit müssen 733 Millionen Menschen infolge von Armut hungern – etwa 152 Millionen mehr als 2019.

Und wohin das alles führt, sehen wir derzeit wie im Brennglas in den USA. Zu einem autoritären Hyperimperialismus, in dem die Superreichen direkten Zugriff auf die Regierungsgeschäfte haben. Der Begriff „**Wertewesten**“ sollte schon längst zum Unwort des Jahres gewählt worden sein. Der Westen hat mit Werten so viel am Hut wie der Kapitalismus mit Gerechtigkeit und Frieden. Wenn die Ära Trump dialektisch betrachtet etwas Gutes hat, dann, dass da gerade alle Masken des Profitsystems fallen. „America first“ heißt in Wahrheit „Musk first“ – uneingeschränkte Macht für die Milliardäre und Konzerne, dramatische Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie und von erkämpften Menschenrechten.

Jetzt überbieten sich Pistorius, Habeck und Merz in der Frage, wie viel sie für Rüstung und Krieg ausgeben wollen. Wir sagen: Schluss damit. Wer Russland und China totrüstet, spielt mit der Zukunft unserer Kinder. Der spielt mit der Überhitzung des Planeten, also der Klimakatastrophe, die so immer näher rückt. Der Kapitalismus kann eben Krieg sehr gut, weil damit Profitmacherei prima funktioniert. Klimaschutz kann er nur eingeschränkt, nämlich dann, wenn wir, die Arbeitenden, ihn zahlen. Und Gerechtigkeit kann der Kapitalismus gar nicht. Deshalb stolpern wir von einer Krise in die andere und immer müssen es die unteren Klassen und Schichten ausbaden. Wir wollen nicht länger zahlen - für eure Krisen und Kriege. Also: Rüstung, Preise, Profite und Mieten runter – Keinen Mann, keine Frau und keinen Euro für ihre Kriegstüchtigkeit – Stattdessen: Löhne und Bildungsausgaben rauf – Geld von den Reichen und Konzernen holen, die uns ausbeuten – das ist unsere Antwort auf ihre Zeitenwende.

Liebe GenossInnen und Genossen,

auch der Krieg in Gaza und die Situation im Westjordanland treibt uns Kommunist\*innen um. Seit dem Massaker der Hamas vom 7.10.2023 führt die israelische Regierung einen brutalen grausamen Krieg gegen die Bevölkerung in Gaza. Auf Social Media kann das Morden live verfolgt werden, dem bereits zehntausende Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, zum Opfer gefallen sind. Mehr als die Hälfte der Häuser in Gaza sind zerstört, Mehr als 70 Prozent der Gebäude in Gaza-Stadt und der umliegenden Region sind beschädigt. Immer mehr Menschen müssen hungern, werden traumatisiert. Empörend ist die verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid in Gaza in Politik, Medien und Zivilgesellschaft in Deutschland. Wer die Massaker der Hamas verurteilt, darf zum Massenmord in Gaza und anderen Verbrechen der israelischen Regierung nicht schweigen. Die Unterstützung der Bundesregierung – insbesondere durch Waffenlieferungen an Israel – ist völkerrechtswidrig.

Die nun vereinbarte Waffenruhe und der Geiselaustausch zeigen erneut, dass letztlich nur die USA darüber entscheiden, was dort passiert und was nicht. Der Druck auf Netanjahu wurde zu groß – trotz

der Gefahr einer Minderheitsregierung. Ob das wirklich der Anfang vom Ende des Krieges ist, scheint sehr fraglich. Netanjahus politisches Überleben hängt an der Fortführung. Die Hamas ist in Gaza mittlerweile so unbeliebt, dass auch sie am Status Quo der Kämpfe – vielleicht auf niedrigerem Niveau - interessiert sein dürfte.

Wir sagen: Schluss mit diesem Krieg, unter dem vor allem die Menschen in den palästinensischen Gebieten leiden, aber auch die Bevölkerung Israels. Die Waffen müssen endgültig schweigen. Die Gefangenen auf beiden Seiten müssen freigelassen werden – auch die Gefangenen außerhalb Israels wie Georges Ibrahim Abdallah, der seit über 40 Jahren in Frankreich inhaftiert ist. Kriegsverbrechen müssen verfolgt werden. Apartheidsunrecht und illegale Besiedlungen müssen beendet werden. Und es müssen sofort Verhandlungen beginnen, die zur Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates führen. Nur durch einen gerechten Frieden wird es eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in der Region geben.

Bei uns träumen derweil manche von einer blühenden Rüstungsproduktion im Saarland. CDU und SPD wollen die Strukturkrise auch mit blutigen Geschäften von Firmen wie Diehl Defence in Nonnweiler, KNDS in Freisen und HIL in St. Wendel lösen. Dazu sagen wir eindeutig Nein. Schluss mit der Förderung dieser Mordindustrie. Die Betriebe müssen unter Belegschaftsbeteiligung auf zivile Produktion umgestellt werden. Die Zukunft des Saarlandes liegt nicht in totbringenden Waffen, sondern in klimanützlichen Produkten und Dienstleistungen.

Die DKP Saarland war und ist Teil der Friedensbewegung. Wir unterstützen die Aktionen des Friedensnetz Saar und beteiligen uns an den Unterschriftensammlungen zum Berliner Appell. Wir unterstützen den Ostermarsch Saar 2025 am 19.04.25 in Saarbrücken und werben dafür.

Liebe GenossInnen und Genossen,

Auch wir sind bedrückt wegen der Tötungen in Aschaffenburg durch einen psychisch kranken Menschen, wie auch bei vorherigen Tötungen unschuldiger Menschen aus religiösem Fanatismus oder anderen menschenverachtenden Motiven. Es ist widerlich, wie ausländerfeindliche und faschistoide Kräfte dies nutzen für Diffamierung und Ausgrenzung von eingewanderten und zu uns geflüchteten Menschen. Und es ist nicht überraschend, wie der rechtsextreme Vertreter des Finanzkapitals, Friedrich Merz, ehemaliger Boss von Blackrock Deutschland, damit auf Stimmenfang geht. Es stimmt schon, wenn die AfD auf politisch-inhaltliche Übereinstimmung hinweist. Die Brandmauer zwischen CDU/CSU und AfD war und ist eine Fiktion.

Am Tag der Morde in Aschaffenburg, am Tag davor, am Tag danach wurde in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Expartner getötet. 360 Frauen und Mädchen wurden 2023 in Deutschland durch „häusliche Gewalt“ getötet. Das war ein Tag lang Thema. Keine Aufregung gibt es da in den Medien, in der Politik, keine religiöse Zeremonie mit Politiker\*innen und Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft. Die Opfer, ihre Angehörigen, die Täter sind anonym. Der Mantel des Schweigens ist ausgebreitet. Als faulenden, sterbenden Kapitalismus hat Lenin den Imperialismus charakterisiert. Wie wahr.

Nicht viele Menschen erkennen diese Zusammenhänge. Doch, dass in unserem Land einiges nicht in Ordnung ist und sie deshalb aktiv werden müssen und mehr als nur zur Wahl gehen, erkennen zunehmend mehr Menschen. Am vergangenen und an diesem Wochenende haben wieder zehntausende Menschen in Deutschland gegen die AfD und gegen Rechts demonstriert.

Liebe Genossinnen und Genossen, wo liegen die Ursachen für die Misere?

Marxistische GesellschaftswissenschaftlerInnen gehen davon aus, dass sich seit etwa 2005 ein Epochenbruch vollzieht. Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007/2008 war Ausdruck und zugleich Be-

schleuniger dieses Epochenbruchs, der immense globale und nationale Auswirkungen hat. Die globalen Veränderungen, die Herausforderungen der ökologischen und der Klima-Krise, die Herausforderungen der Umwandlung der Produktivkräfte haben zu einer multiplen (vielfältigen) Krise in den G7-Ländern und weiteren Ländern geführt.

Dem Kapitalismus ist ein schonender Umgang mit Mensch und Natur wesensfremd. Sein Ziel ist Maximalprofit. Der versprochene „Grüne Kapitalismus“ ist eine Mogelpackung, der vor allem die Rettung der kurzfristigen Konzernprofite zum Ziel hat; Kapital drängt auf aktuell größtmögliche Verwertung. Die Verhinderung der Klimakatastrophe wird auf die politisch Verantwortlichen abgeschoben und die Finanzierung auf die arbeitenden Klassen abgewälzt.

Die politisch Verantwortlichen des Neoliberalismus wie des Sozialreformismus scheitern an der Entwicklung einer sozial-ökologischen Transformation der Produktivkräfte und Lebensweise. Sie beschränken sich auf „marktwirtschaftliche Lösungen“ wie die unsoziale CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder E-Mobilität, die von unteren Einkommensschichten nicht bezahlt werden kann.

Im herrschenden System sind gesamtgesellschaftliche Planung und demokratisch-geplante Entwicklung der Produktivkräfte ohne Zurückdrängung der Macht der Transnationalen Monopole und Finanzinstitute nicht durchsetzbar. Aber gerade diese beiden Elemente sind Voraussetzung, um zu verhindern, dass die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise unseren Planeten zerstört. Notwendig sind eine gesamtgesellschaftliche Planung und vor allem die gesellschaftliche Kontrolle über Produktion und Investitionen sowie Eingriffe in die Eigentumsrechte großer Unternehmen und Konzerne.

Eine besondere Verantwortung liegt beim DGB und den Mitgliedsgewerkschaften. Notwendig ist, die bisherigen betriebs- und branchenbezogenen Transformationskonzepte zu einer einheitlichen gesellschaftlichen Konzeption zusammenzufassen und gesellschaftlich einzufordern.

„Change the system – not the climate“ – „Systemwechsel statt Klimawandel“ – das ist daher die einzig richtige Lösung. Der Klimawandel betrifft die ganze Menschheit - den ärmeren Teil aber sehr viel stärker als die Reichen und Mächtigen dieser Welt - das Verhindern der Klimakatastrophe ist daher auch eine Klassenfrage.

Global betrachtet bröckelt die wirtschaftliche Dominanz der USA, aber sie ist nicht gebrochen. Unangefochten ist weiterhin deren militärische Macht. Die Bestrebungen ihre bröckelnde globale Dominanz mit brutaler Gewaltpolitik zu konsolidieren, stellen auch Deutschland vor die Entscheidung, Washington dabei zu unterstützen oder sich ihm entgegenzustellen. Ökonomisch ist die Bundesrepublik in hohem Maß vom US-Geschäft abhängig: Seit sie ihren Ausstieg aus dem Bezug russischen Erdgases beschlossen und eine beständige Schädigung ihres Chinageschäfts durch Zölle und Sanktionen hingenommen hat, fehlen ihr die Alternativen.

Die Länder der EU reagieren auf die globalen Herausforderungen uneinheitlich; sie festigen gemeinsame Interessen gegenüber Konkurrenten und vertreten zugleich eigene, widersprechende Interessen gegeneinander. Übereinstimmung gibt es vor allem in der Festigung Europas innerhalb der NATO bis an die Grenzen Russlands und einer Wiederbelebung eines antirussischen Wettrüstens.

In allen G7-Ländern sinkt das Realeinkommen der Arbeiter\*innen-Klasse, wächst der Anteil der Armen und der Anteil der Reichen und Superreichen. Die Kluft zwischen Arm und Reich als gesellschaftlichem Problem droht für die herrschende Klasse zu einer politischen Herausforderung zu werden. In mehreren Ländern Europas wehrt sich die Arbeiter\*innen-Klasse gegen Sozialabbau und die rechten Regierungen. In einigen Ländern gewinnen sozialistische und kommunistische Parteien wieder an Einfluss.

Unter derartigen Bedingungen wurde eine autoritär-neoliberale Offensive des Kapitals gegen soziale Errungenschaften zur strategischen Profitsicherung zur Notwendigkeit. So hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der einflussreichste Wirtschaftsverband in Deutschland, diese Woche eine „Agenda für Wachstum“ an eine zukünftige Bundesregierung vorgestellt: angefangen mit Forderungen nach Senkung der Unternehmenssteuern und der Energiepreise bis zu Reformen im Sozialsystem bei Rente, Gesundheit und Pflege. Wir wissen was gemeint ist. Der BDI hat in Wahrheit eine „Agenda für mehr Profit-Wachstum“ auf unsere Kosten vorgestellt.

Um möglichen Widerstand in der arbeitenden Bevölkerung zu verhindern, wird international eine nationalistische, antidemokratische Offensive gegen demokratische Bewegungen, demokratisches und solidarisches Selbstverständnis entwickelt. Rechte Parteien konnten Masseneinfluss erreichen, wurden in einzelnen Ländern entsprechend den nationalen Entwicklungen von Teilen des Kapitals unterstützt. Konservative Parteien übernahmen mehr und mehr die politischen Positionen der Rechtsextremen. Das gesellschaftliche Bewusstsein wurde nach Rechts verschoben.

In den USA wurden Donald Trump mit deutlicher Mehrheit erneut zum Präsidenten gewählt. Damit kam der Kandidat eines Netzwerkes rechtsgerichteter Milliardäre, führender Hedge-Fonds, extrem rechter politischer, religiöser und antidemokratischer Strömungen und rechter Militärs an die Macht. Elon Musk ist nicht allein; er ist nur ein besonders widerwärtiger Exponent.

Gewählt wurde die extreme Rechte von dem traditionell rassistischen und nationalistischen Teil der Bevölkerung und von einer Mehrheit der ArbeiterInnen-Klasse. Diese waren enttäuscht von der Demokratischen Partei, die ihre Versprechen von wirtschaftlicher Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt nicht eingelöst hatte. Im Gegenteil: Die Löhne stagnierten, während die Kosten in die Höhe schossen. Millionen von US-Amerikanerinnen können sich immer noch keine Gesundheitsversorgung leisten. Aus Umfragen ging hervor, dass diejenigen, die um ihr soziales Überleben kämpften, mit überwältigender Mehrheit für Trump gestimmt haben.

In vielen europäischen Ländern haben inzwischen rechte bis faschistoide Parteien weiter an Stärke zugelegt, einige sind in Regierungsverantwortung wie in Ungarn, Russland, Italien und bald auch in Österreich. In Frankreich bilden die Rechtskonservativen mit parlamentarischer Unterstützung des Rassemblement National eine Minderheitsregierung. Präsident Macron und die Konservativen unternehmen alles um eine linke Regierung zu verhindern und paktieren mit den Rechtsnationalisten. Der „republikanische Konsens“ des Widerstandes gegen die Rechtsparteien ist aufgekündigt.

In Österreich haben die neoliberale Partei NEOS und die konservative ÖVP die Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ platzen lassen, weil die Sozialdemokraten nicht zum umfassenden Sozialabbau bereit waren. Wenn es anders nicht geht, wird mit einem faschistoiden Kanzler Kickl der Sozialabbau vorangetrieben und die Rüstung hochgefahren. In Italien regiert ein Bündnis rechtskonservativer Parteien unter Führung der faschistoiden Fratelli d' Italia-

Dementsprechend hat die EU-Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen den bisherigen „cordon sanitaire“ gegenüber der extremen Rechten aufgekündigt. Inzwischen stimmt die Fraktion der Europäischen Volkspartei auf der Basis gemeinsamer Auffassungen mit allen rechten Fraktionen ab, einschließlich der Fraktion der AfD.

Die angestauten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, die Herausforderungen der ökologischen- und Klima-Krise, lassen sich mit bisherigen politischen Konstellationen im Interesse des Monopolkapitals nicht lösen. Die Bildung von Regierungskoalitionen der bürgerlichen Mitte, von den Rechtskonservativen bis zur Sozialdemokratie, ist immer schwieriger geworden. Die Konservativen driften immer weiter nach Rechts. Zusammenhang und Übergang vom Konservatismus über den Nationalismus in den Rechtsextremismus werden deutlich sichtbar.

Die multiple Krise hat inzwischen die bürgerliche Demokratie erfasst. Kommunistische Bündnispolitik im Widerstand gegen Rechts muss heute den Kampf um den Erhalt der bürgerlichen Rechte in der Gesellschaft einschließen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung für die Industrie im Saarland. Noch immer bildet sie das Rückgrat unserer Wirtschaft. Doch wenn jetzt nicht gehandelt wird, droht dieser Kern zu zerbrechen – und damit gehen im Saarland sprichwörtlich „die Lichter aus“.

Die Landesregierung hat sich den Erhalt der Industriearbeitsplätze auf die Fahnen geschrieben. Doch nach den herben Rückschlägen bei S-Volt und Wolfspeed, nach dem faktischen Ende von Ford in Saarlouis und dem kürzlich angekündigten Stellenabbau bei ZF steht sie ratlos und machtlos da. Auch Bosch, Schaeffler, Eberspächer, Michelin, DB Cargo und viele andere Unternehmen dünne ihre Belegschaften aus.

Wir wissen: Die weltweite Konkurrenz und die Transformation der Automobilindustrie setzen den Unternehmen zu. Doch anstatt auf langfristige Lösungen zu setzen, lassen sich die Konzerne ihre Umstrukturierung durch Entlassungen, bessere Rahmenbedingungen und Steuergelder finanzieren. Die massiven Gewinne der letzten Jahrzehnte, die zurzeit lediglich geringer ausfallen, sind längst privatisiert – doch die geringeren Gewinne sollen nun die Beschäftigten ausgleichen!

Die Unternehmen vernichten gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie, ohne dass adäquater Ersatz geschaffen wird. Im Saarland ist der Dienstleistungssektor zudem vorrangig auf die Industrie ausgerichtet, während andere Bereiche durch prekäre Jobs in der Reinigung oder im Sicherheitsgewerbe geprägt sind.

Die Landesregierung reagiert mit Steuermilliarden, um Investoren anzulocken. Der Transformationsfonds von 3 Milliarden Euro ist ein wichtiges Instrument, aber es reicht nicht aus. Große Unternehmen suchen sich schlichtweg bessere Investitionsmöglichkeiten im Ausland – siehe ZF in Ungarn.

Wir brauchen eine andere Strategie: Eine, die nicht nur auf große Investoren setzt, sondern die Transformation demokratisch und planvoll gestaltet! Notwendig ist eine Umverteilung der Arbeit, die Qualifizierung von Menschen in andere Berufe, in Berufe der Daseinsfürsorge. Dort besteht ein gravierender Mangel.

Es gibt positive Beispiele: Saarstahl und Dillinger treiben die Umstellung auf grünen Stahl voran. Doch für den Automobilsektor fehlen solche Konzepte. Die Unternehmenszentralen haben kaum ernsthafte Alternativen zur bisherigen Produktion im Blick. Und selbst wenn der Pharmakonzern Vetter seine 2.000 versprochenen Stellen realisiert – das allein kann den Strukturwandel nicht auffangen!

Doch während die Transformation dringend gestaltet werden muss, rollt das konservative, rechtsliberale und reaktionäre Lager die Klimapolitik zurück. Unter Druck von AfD, CDU/CSU, FDP, auch des BSW und fossilen Industrien werden Umweltauflagen als „Jobkiller“ diffamiert.

Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel werden ignoriert. Die Kündigung der russischen Gaslieferungen wurde von Merz, Habeck, Lindner und Scholz bejubelt – nun zahlen wir die Zeche für schmutziges Fracking-Gas aus den USA. Atomkraftwerke sollen reaktiviert, der Verbrenner erhalten und der Windkraftausbau gestoppt werden. Nun stellt Friedrich Merz gar die grüne Stahlproduktion infrage – und damit das zentrale Zukunftsprojekt der saarländischen Industrie.

Merz erweist sich einmal mehr als Lobbyist des Finanzkapitals, als Vertreter einer Politik, die einzig den Interessen großer Konzerne dient!

Ohne eine kluge Transformation hat die saarländische Industrie keine Zukunft. Die Beschäftigten haben das erkannt: Laut einer repräsentativen Umfrage der Arbeitskammer sehen 60 Prozent von ihnen Chancen für neue Arbeitsplätze durch klimafreundliche Innovationen. Schon 2020 haben die Stahlarbeiter bei ihrem „Walk of Steel“ in Brüssel ein klares Zeichen gesetzt: Sie wollen sich dem Wandel stellen und ihre Zukunft aktiv gestalten!

Unsere Forderungen dazu haben wir in einem Antrag an diese Versammlung formuliert. Es geht um den Ausbau der Mitbestimmung und generell um mehr demokratische Einflussnahme. Wir brauchen eine soziale Verkehrswende, mehr sozialen Wohnungsbau und eine bessere Gesundheitsversorgung mit bedarfsgerechter Finanzierung. Das alles muss begleitet werden von einer radikalen Umverteilung von unten nach oben.

Die DKP steht in diesen Auseinandersetzungen an der Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter, die um ihre Jobs und Einkommen kämpfen. Mit dem „Saarlandreport“ werden wir unsere Positionen in die Betriebe tragen und die Beschäftigten mit Argumenten und unserer Solidarität unterstützen.

Es ist Zeit für eine demokratisch geplante Transformation – für eine Zukunft, die nicht nur den Profiten der Konzerne dient, sondern den Menschen im Saarland!

Gemeinsam für eine soziale und ökologische Industriepolitik!

Liebe Genossinnen und Genossen,

immer mehr kriegerische Auseinandersetzungen, eine wachsende Zustimmung für rechtsextreme Parteien und Positionen, wachsende Ausländerfeindlichkeit und Hetze gegen Migrant\*innen, immer mehr Millionär\*innen und Milliardär\*innen bei weiterer Zunahme der Armut, eine weitere Verschärfung der Klimakrise bis hin zum Leugnen des Klimawandels. Die Aufzählung all dessen was uns in unserem Land und weltweit Sorgen bereitet, ließe sich noch weiterführen. Um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen, dies zu stoppen oder auch kleine Veränderungen zu erreichen, bräuchte es eine starke Gegenbewegung. Aber, wir als Kommunistinnen und Kommunisten sind allein dafür nicht stark genug. Für eine solche Gegenbewegung braucht es mehr Kräfte, v.a. auch die Gewerkschaften. In unserem Parteiprogramm heißt es dazu: „Gesellschaftlicher Fortschritt ist nur denkbar, wenn die Arbeiterklasse in Aktionseinheit handelt und Bündnisse eingeht. Es ist notwendig und möglich, dass Arbeiter, Angestellte, Beamte, prekär Beschäftigte und Erwerbslose, Auszubildende und Rentner – unabhängig von Nationalität und Herkunft, unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit – zusammenwirken.“

In unserer Arbeit war es uns immer wichtig, dass wir nicht isoliert und einzeln agieren, sondern in Bündnissen bzw. Zusammenschlüssen verschiedener Gruppe aktiv sind. Auch dabei war ein Gedanke aus unserem Parteiprogramm für uns entscheidend: „Die DKP tritt für eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten ein. Sie respektiert die politischen Motive, die Weltanschauung und die organisatorische Selbstständigkeit ihrer Bündnispartner und erwartet von ihnen die gleiche Haltung gegenüber der DKP.“

Diese Haltung von uns und anderen erleben wir in den unterschiedlichsten Bündnissen und Initiativen, in denen wir mitarbeiten. Beispielhaft sei hier das Friedensnetz Saar oder auch das Frauenforum Saarbrücken genannt. Einige Genoss\*innen arbeiten mit großem Engagement in der VVN-BdA und leisten dort wichtige Arbeit im antifaschistischen Kampf und für demokratische Rechte.

Gravierende politische Veränderungen können in Bündnissen zu spalterischen Positionen führen und schließlich zu deren Auseinanderfallen. Auch das hatten wir erlebt.

Inzwischen hat sich mit unserer Unterstützung ein neues Personenbündnis, das Bündnis solidarische Linke, zusammengefunden, bei dem der Gedanke einer gleichberechtigten, partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit zu den Grundsätzen gehört. Das Bündnis, in dem Personen aus neun unterschiedlichen Gruppierungen mitarbeiten, hat vor 14 Tagen eine sehr erfolgreiche erste Veranstaltung zum 90. Jahrestag der Saarabstimmung durchgeführt. Im Moment erarbeitet das Bündnis auch ein Selbstverständnis. In der bereits beschlossenen Einleitung heißt es:

Wir sind ein Bündnis von Menschen aus dem Saarland. Uns verbindet die Sehnsucht nach einer solidarischen Gesellschaft, befreit von Ausbeutung und Unterdrückung. Dies wird durch den Kapitalismus verhindert. Der Kapitalismus führt zu Krieg, sozialer Ungleichheit, Ausgrenzung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Eine solidarische Gesellschaft bedeutet für uns...

- umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft,
- freie Meinungsäußerung und Willensbildung von unten,
- gleichberechtigten und freien Zugang zu Ressourcen wie Bildung in jedem Alter, Sport und Kultur, Gesundheitsversorgung, Altersabsicherung, Wohnraum und Mobilität sowie
- direkte Beteiligung aller Menschen an politischen Entscheidungen.

Wir treten ein für Geschlechtergerechtigkeit und Diskriminierungssensibilität.

Wir wollen eine radikal andere, eine sozialistische Gesellschaftsperspektive erkämpfen. Dabei wollen wir die bisherigen Erfahrungen revolutionärer Kämpfe und beim Aufbau alternativer Gesellschaften nutzen.“

Das Bündnis wird heute auf der Saarbrücker Demo dabei sein und sich in 14 Tagen am 15.02.25 an einer Demo des Lesben- und Schwulenverbands+ Saar unter dem Motto „Demokratie braucht Vielfalt“ beteiligen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

all das bisher gesagte zeigt deutlich, wie notwendig eine starke linke, am besten marxistisch/kommunistische Kraft in unserem Land wäre. Eine Partei wie die PTB in Belgien oder die KPÖ in Österreich. Leider haben wir sie nicht.

In dieser Zeit tiefer Krisen und schwacher revolutionärer Kräfte hat sich die politische und organisatorische Krise der DKP stattdessen noch verstärkt – wir werden immer weniger und wir sollen mit dem bevorstehenden Parteitag weiter in Richtung einer rein zentralistischen Organisation geführt werden.

Wir stehen als DKP Saarland für eine lebendige kommunistische Partei, in der Demokratie und Zentralismus dialektisch angewendet werden. Für eine Partei, in der kreativ und streitbar nach neuen Wegen gesucht wird anstatt auf Parteikonzeptionen zu beharren, die vor 35 Jahren gescheitert sind. Erkenntnisse der marxistischen Gesellschaftswissenschaft der Gegenwart werden von der Parteiführung ignoriert, stattdessen wird dogmatisch wiedergekaut, als hätte sich seit Lenin der Imperialismus nicht weiterentwickelt.

Im Saarland versuchen wir weiterhin, auf der Linie des Parteiprogramms Politik zu entwickeln, insbesondere zu landespolitischen und industriepolitischen Fragen. Hier konnten wir in den letzten Jahren ein halbjährliches Erscheinen des Saarlandreports als landesweite Betriebszeitung absichern. Wir haben die Zeitung vor Großbetrieben wie ZF, Saarstahl und Ford verteilt.

Dabei wissen wir um unsere Schwäche und ringen um Allianzen für linke fortschrittliche Politik insbesondere in der Friedensfrage.



Inhaltlich setzen wir mit unseren Veranstaltungen immer wieder Akzente für eine andere Politik im Interesse der arbeitenden und von Arbeit ausgegrenzten Menschen. Wir sind und bleiben solidarisch mit dem sozialistischen Cuba und all jenen, die international für ihre Befreiung von Fremdherrschaft und Neokolonialismus kämpfen – ob in Palästina, Kurdistan oder anderswo. Mit einer Ausarbeitung zur Frage Israel/Palästina haben wir dies deutlich gemacht. Und zudem klargestellt, dass auch im Befreiungskampf die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel ein ethischer Grundsatz der kommunistischen Bewegung bleibt. Terrorismus und Massaker gegen die Zivilbevölkerung, noch dazu im Namen eines islamistisch begründeten Fundamentalismus, können keine Mittel fortschrittlicher Kämpfe sein. Sie schaden letztlich vor allem den Unterdrückten selbst.

Bei alledem sind unsere Probleme offensichtlich. Der hohe Altersdurchschnitt ist unübersehbar, unsere Kraft hat in den letzten Jahren weiter nachgelassen. Wir sind natürlich froh über jedes neue Mitglied, aber die Zahl der Neuaufnahmen bleibt weit hinter den Anforderungen zurück. Gut ist, dass wir mit dieser Versammlung die Chance haben, den Bezirksvorstand zu verjüngen – das wird neue Impulse für unsere Arbeit geben.

Es bleibt dabei: Es gibt kein Recht auf Aufgeben oder Kleinbegeben. Lasst uns weiterhin unsere Chancen klug nutzen – mit inhaltlichen Veranstaltungen wie in 14 Tagen zum Krieg in Gaza oder zum Thema „Armut ist weiblich“ zum Internationalen Frauentag. Wir haben bei unseren Veranstaltungen oftmals bessere Resonanz von außerhalb als in der Partei selbst. Auch daran sollten wir arbeiten.

In der Öffentlichkeitsarbeit steht unsere Website [dkp-saarland.de](http://dkp-saarland.de), unser Facebook- und Instagram-Auftritt im Mittelpunkt. Der monatlich erscheinende Newsletter gibt Impulse zu aktuellen politischen Fragen und dient als Träger unserer Positionen. Bitte schickt ihn auch an andere Interessierte weiter.

Wir sehen uns alle auch wieder am Ostermarsch am 19.04.25 um 11.59 an der Johanneskirche in Saarbrücken und auf der Ersten Mai-Demo mit unserem Infostand.

Nun tobt der Bundestagswahlkampf und es geht ein gewaltiger Rechtsruck durchs Land. Die Brandmauer ist von der CDU/CSU, FDP und BSW, von Merz, Söder, Wagenknecht und Lindner, in Brand gesetzt. Gemeinsam wollen sie das Asylrecht endgültig abschaffen. **Nur außerparlamentarischer Druck wird auf Dauer eine Regierungsbeteiligung der AfD verhindern.** Deshalb lasst uns am 8.02.25 in Neunkirchen und am 15.02.25 in Saarbrücken gemeinsam mit anderen die Kundgebungen gegen Rechts unterstützen. Am 22.02. wollen wir zudem als DKP auf einem Infostand in Saarbrücken Unterschriften unter den Berliner Appell gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen sammeln.

Und zum Schluss die Gretchenfrage: Was sollen Kommunist\*innen am 23.02. wählen. Es ist wahrlich nicht einfach. Ich meine, dass trotz aller berechtigter Kritik an der Partei DIE LINKE, nur diese infrage kommt, um die Stimmen von links zu sammeln und um einen Bundestag ohne linke Stimme zu verhindern. Wir werden in den nächsten Tagen dazu eine ausführlichere Wahlempfehlung erarbeiten.

Und zum Schluss ein – wie ich finde – gerade heute sehr passendes Gedicht von Väterchen Franz, Franz-Josef Degenhardt:

Von der Fahne	Das, sagte der Einarmige
Man geht nicht von der Fahne	Tut nur Pack
Sagte der Einarmige	
Auch nicht	Ich habe überhaupt nichts gegen Pack
Und erst recht nicht	Sagte der mit dem Kopfverband
Wenn die Sache verloren ist	Und wenn die Sache verloren ist

Wäre es verantwortungslos dumm  
Bei der Fahne zu bleiben  
Was aber, wenn die Sache  
Für die so viele von uns schon gestorben sind  
Verloren nur scheint  
Sagte der mit dem Kopfverband  
Entrollte die Fahne  
Und die flatterte sogar  
Wie er ins Roggenfeld ritt  
Glück auf!